

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

17.05.2019

70 Jahre Grundgesetz

70 Jahre nachdem das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft getreten ist, haben Vertreter aller Fraktionen im Deutschen Bundestag die Verfassung unseres Landes gewürdigt. Mit Unterstützung der Unionsfraktion hatte der Deutsche Bundestag entschieden, den 70. Jahrestag des Grundgesetzes mit einer parlamentarischen Debatte und nicht nur mit einer Feierstunde zu begehen.

Im Mai 1949 ist in nur zweiwöchiger Arbeit der erste Entwurf des Grundgesetzes vom Parlamentarischen Rat, dessen Präsident Konrad Adenauer (CDU) war, erarbeitet worden. 65 stimmberechtigte Mitglieder, die von den Landtagen der damaligen westlichen Besatzungszonen gewählt worden waren und von denen nur 4 Frauen waren, haben am 8. Mai 1949 mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz auf den Weg gebracht. Und weil Deutschland damals noch ein geteiltes Land war, sollte auch nicht von einer Verfassung die Rede sein, sondern ein Grundgesetz ausdrücken, dass eine Vereinigung noch ausstand.

Am 3. Oktober 1990 war es dann so weit: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde zur gesamtdeutschen Verfassung, deren Präambel lautet:

„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“

Auch wenn unser Grundgesetz nach über 60 Änderungen nicht mehr in seiner ursprünglichen Fassung besteht, so bleibt dennoch der Ewigkeitsgrundsatz in Artikel 79 bestehen: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

Damit stellt das Grundgesetz den Menschen mit seiner einzigartigen Würde, mit seinen unveräußerlichen Rechten und seiner Verantwortlichkeit in den Mittelpunkt. Es beschreibt in seiner Gesamtheit die Werteordnung einer liberalen, gleichberechtigten und rechtsstaatlichen Gemeinschaft, die für alle Bürger dieses Landes Gültigkeit hat. Das Grundgesetz gilt nicht nur für alle Bürger, es fungiert auch als Brücke von den Anfänger der Bundesrepublik Deutschland über das Hier und Jetzt in die Zukunft, in dem es einen Rahmen und Regeln dafür gibt, wie wir untereinander umgehen und wie wir mit allen Unterschieden in unserer Gesellschaft erfolgreich zusammenhalten sollen.

Unser Grundgesetz (GG) ist damit nicht nur die Geburtsstunde unseres Staates, sondern gleichzeitig auch das Zukunftsprogramm unseres Landes: Gewissermaßen das Softwareprogramm GG 70.0. Mit einigen zwischenzeitlichen *Updates* bildet das Grundgesetz damit die Grundlage für unsere parlamentarische Demokratie und unseren sozialen Rechtsstaat. Auf dieser Grundlage haben wir die Westbindung und die Soziale Marktwirtschaft errichtet und auf dieser Grundlage haben wir die europäische und die deutsche Einigung erreicht.

Zum Geburtstag unserer Verfassung sollten wir uns alle vergegenwärtigen, dass wir die Werte unseres Grundgesetzes aktiv schützen müssen, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und für die Zukunft zu erhalten.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Als wichtigste wirtschaftliche Herausforderungen hat eine [Studie](#) der deutschen Wirtschaft die Regionalentwicklung und Demografie erkannt. Aus der Umfrage gehe zugleich hervor, dass gesellschaftliches Engagement von Firmen in ländlichen Regionen stärker verbreitet ist als in der Stadt, teilte die Bertelsmann Stiftung mit. Grundlage der repräsentativen Studie sind den Angaben nach Antworten von rund 7.400 in Deutschland ansässigen Unternehmen. Im Bundesdurchschnitt nannten den Angaben zufolge 18 Prozent der Unternehmen die Gestaltung einer lebenswerten Region als bedeutendstes Thema für Engagement an ihrem Standort. Dahinter folgen der demografische Wandel mit 15 Prozent, eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und die Bekämpfung von Armut (14 beziehungsweise 13 Prozent). Der Klimawandel landete mit zehn Prozent auf Platz fünf der wichtigsten Herausforderungen. Auf dem Lande sieht laut der Untersuchung jeder vierte bis fünfte Betrieb den demografischen Wandel und eine lebenswerte Region als Top-Herausforderung. Integration und Armutsbekämpfung landeten mit jeweils neun Prozent weit dahinter, wurden aber von 16 beziehungsweise 14 Prozent der städtischen Unternehmen genannt. Diese Gewichtung finde sich auch, wenn man die Antworten der Firmen aus Ost- und aus Westdeutschland vergleiche, hieß es. Während sich im ländlichen Raum etwa 70 Prozent der Unternehmen regelmäßig durch Spenden oder eigene Projekte für gesellschaftliche Belange engagieren, sind der Befragung zufolge in kreisfreien Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München 57 Prozent entsprechend aktiv. Die gemeinsame Umfrage von Bertelsmann Stiftung und Stifterverband wurde demnach zwischen September 2017 und Januar 2018 erhoben. (EPD)

Deutschland bei KI ausgebremst?

Wunsch und Wirklichkeit klaffen in Deutschland bei der Königsdisziplin KI (künstliche Intelligenz) auseinander. Für Industrie und Hochschulen liegt in KI der Schlüssel, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Aber in der Realität hinkt Deutschland den führenden KI-Nationen, allen voran China und den USA, hinterher. Nur 10 Prozent der Unternehmen und 7 Prozent der Hochschulen sind überzeugt, dass unsere Hochschulen in der KI-Forschung mit den USA und China mithalten können. Es fehlt, so die Überzeugung, an Investments, Infrastruktur und vor allem an Experten. Das sind Ergebnisse des [VDE Tec Reports 2019](#) "Industrielle KI - Die nächste Stufe der Industrialisierung?", einer Umfrage des Technologieverbandes VDE unter den 1.300 Mitgliedsunternehmen und Hochschulen der

Elektro- und Informationstechnik. Aktuell haben die USA, dicht gefolgt von China und Japan, die Nase vorn beim Thema KI. Jeweils sechs von zehn Befragten erwarten die Implementierung industrieller KI in China und in den USA bis 2025, in Deutschland sieht die Mehrheit eine spätere Umsetzung. Für 71 Prozent der Unternehmen ist Bremsfaktor Nummer 1 am Standort Deutschland das mangelnde Wissen in KI, gefolgt vom Fachkräftemangel und gesetzlichen Hürden (knapp 50 Prozent). 59 Prozent der Unternehmen und jede zweite Hochschule sind überzeugt, dass in Deutschland und Europa, im Vergleich zu den USA und China, nicht genügend Mittel für die Umsetzung revolutionärer technischer Veränderungen bereitgestellt werden. Deutschland setzt auf Innovationen, das ist eine sehr erfreuliche Nachricht", erklärt Prof. Hans Schotten, Mitglied des VDE-Präsidiums und wissenschaftlicher Direktor am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern. "Allerdings wollen 69 Prozent der Unternehmen in der Elektrotechnik unter zehn Prozent ihrer Ausgaben in die Erforschung von KI stecken. Dies könnte in vielen Fällen zu wenig sein. Hier ist das Potential von KI offensichtlich noch nicht überall erkannt", warnt Schotten. 64 Prozent aller Befragten sind überzeugt: Industrie 4.0 und der Trend weg von der Massenproduktion hin zur individuellen Fertigung eröffnet Deutschland Chancen zur Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit, für neue, innovative Arbeitsplätze und zur Steigerung der Attraktivität der Marke "Made in Germany". "Das Grundproblem ist, dass sich die deutsche Industrie lange auf ihrem Status Quo ausgeruht hat und damit schlichtweg in vielen Bereichen den Anschluss an die USA und China verpasst hat, die die Digitalisierung auf allen Ebenen vorantreiben", erklärt Ansgar Hinz die negative Stimmung. 60 Prozent der Hochschulen und 50 Prozent der Unternehmen seien hiervon überzeugt. "Um es auf den Punkt zu bringen: Wir müssen raus unserer Komfortzone", fordert der VDE-Chef.

Gemeinsames Wahlprogramm

Am 26.5.2019 findet die Wahl zum Europa-Parlament statt. CDU und CSU haben erstmals ein gemeinsames [Wahlprogramm zur Europawahl](#) beschlossen. Im Mittelpunkt stehen zentrale Fragen zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Europa.

Zitat

„Ich stehe für ein Europa, bei dem möglichst viel Macht den Menschen gehört.“ (Der Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei, EVP, Manfred Weber, der gelassen auf Widerstand gegen seine Ambitionen auf den Vorsitz der EU-Kommission reagiert hat.)